Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 27. November 2019 bis 15. Jänner 2020[8]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
4. Dezember 2019	Eurogruppe	Schwerpunkte • Griechenland: Die Eurogruppe erörterte den Bericht der vierteljährlichen Prüfmission vom 12. November zur verstärkten Überwachung Griechenlands. Griechenland hatte die bis Mitte 2019 nötigen Reformschritte getätigt, daher werden die Finanzminister der Auszahlung (Anfang 2020), der 2. Tranche (767 Mio EUR) zustimmen können. • Zypern und Spanien: Die Europäische Kommission und die EZB informierten die Eurogruppe über Ergebnisse der 7. Mission in Zypern (September 2019) und der 12. Mission in Spanien (Oktober 2019). Zypern und Spanien weisen eine gute Wirtschaftslage auf, beide Mitgliedstaaten müssen sich aber bestehenden Ungleichgewichten und Schwächen des Finanzsektors widmen. • Bewertung der Budget-Entwürfe des Euroraums und der Mitgliedstaaten: Die Euroraum-Wachstumsaussichten sind positiv, aber abgeschwächt angesichts erhöhter Unsicherheiten. Bei weiterer Abschwächung seien Fiskalmaßnahmen nötig. Das aggregierte Euroraum-Defizit sinkt dank Niedrigzinsumfeld und geplanten Primärbudgetüberschüssen. Mitgliedstaaten, die ihre mittelfristigen Budgetziele (MTO) noch nicht erreichten, müssen Fiskalpuffer aufbauen. Einige Mitgliedstaaten sollten das Niedrigzinsumfeld zur Schuldenreduktion nutzen. Wesentlich ist die Wahrung der langfristigen Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen.
5. Dezember 2019	ECOFIN-Rat	Schwerpunkte • Klimapolitik: Der ECOFIN-Rat diskutierte aktuelle Aktivitäten im Kontext der UN-Klimakonferenz in Madrid (COP25). Es kam zur Annahme der Schlussfolgerungen zur Aktualisierung des EU-Rechtsrahmens für Energiebesteuerung, der zum Übergang zu einer klimaneutralen EU, sowie den wirtschafts- und umweltpolitischen Zielen der EU beitragen soll. • Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung: Der ECOFIN-Rat nahm die Schlussfolgerungen zu den

[8]Autoren: Sylvia Gloggnitzer und Harald Grech (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		strategischen Prioritäten bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung an und ersuchte die Europäische Kommission weitere Maßnahmen zur Verbesserung des bestehenden Rahmens zu explorieren. • „Stable Coins“: Beim ECOFIN-Rat wurde eine gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission zu „Stable Coins“ und deren Nutzen und Risiken angenommen. Einigkeit bestand darin, dass es zu keiner Zulassung von „Stable Coins“ in der EU, ohne Vorabklärung der rechtlichen, regulatorischen sowie aufsichtlichen Herausforderungen und Risiken kommen wird. • Europäische Finanzarchitektur zur Förderung der Entwicklung: Annahme der Schlussfolgerungen zur Überprüfung der Finanzarchitektur zur Förderung der Entwicklung, die damit stärker, flexibler, kohärenter, strategischer und responsiver hinsichtlich Klimawandel und Entwicklungsbedürfnissen gestaltet werden soll. • Vertiefung der Kapitalmarktunion: Beim ECOFIN-Rat wurden Schlussfolgerungen angenommen, die u.a. die folgenden Ziele für eine gestärkte Kapitalmarktunion skizzieren: Erleichterungen bei Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen, Steigerung grenzüberschreitender Kapitalflüsse sowie Sicherstellung ausreichender Kapitalmittel und Liquidität, Anreize zur Förderung von Investitionen in Kapitalmärkte bei hohem Gläubigerschutz und starkem Aufsichtsrahmen, Übergang zu nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen, sowie Nutzung der Vorteile aus Digitalisierung und technologischem Fortschritt. • Stärkung der Bankenunion: Präsentation eines Fortschrittsberichts mit den Themen - Europäisches Einlagensicherungssystem (EDIS): Die Ad-Hoc-Working-Party zu EDIS diskutierte die Datensammlung zur Erarbeitung einer möglichen Methodologie zur Errechnung risikobasierter Beiträge. Es gab keine Einigung zu Fahrplan oder Struktur. - Umsetzung des Aktionsplans für den Abbau notleidender Kredite (NPLs) in Europa: Die EK präsentierte den Status quo der Umsetzung des Aktionsplans. Den Mitgliedstaaten wurde insgesamt ein Rückgang von NPLs attestiert. In einigen Mitgliedstaaten müssen weiterhin Maßnahmen zum Abbau von NPLs erfolgen.
12./13. Dezember 2019	ER	Schwerpunkte • Klimawandel: Die Staats- und Regierungschefs unterstützten im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen (COP21) das Ziel, bis 2050 eine klimaneutrale EU zu erreichen. Der ER begrüßte die geplante EIB-Unterstützung von Investitionen in Klimaschutz und Nachhaltigkeit von 100 Mrd EUR für 2021-2030. Der ER betonte die Notwendigkeit, dass ein erheblicher Prozentsatz des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) für Klimaschutz bereitgestellt werden muss.

		• Mehrjähriger Finanzrahmen: Der finnische Rats-Vorsitz präsentierte die Verhandlungsbox zum MFR mit Daten und diskutierte die Hauptmerkmale des MFR. Ein konkretes Datum für eine endgültige Einigung liegt noch nicht vor. • Konferenz zur Zukunft der EU: Die Staats- und Regierungschefs begrüßten die Einberufung einer Konferenz über die Zukunft der EU. Die Konferenz wird auf der strategischen Agenda der EU (2019 – 2024) und auf die in den letzten zwei Jahren erfolgreich geführten Bürgerdialogen aufbauen. Der Rat, das EP und die EK müssen unter uneingeschränkter Wahrung des interinstitutionellen Gleichgewichts und ihrer jeweiligen Rolle im Sinne der Verträge miteinbezogen werden.
13. Dezember 2019	Eurogipfel	Schwerpunkte • ESM: Die Euro-Gruppe wird beauftragt, vorbehaltlich der nationalen Verfahren die Arbeit am ESM-Reformpaket fortzusetzen und weiter an allen Elementen zur weiteren Stärkung der Bankenunion zu arbeiten. Sie soll auf Basis des vereinbarten Term Sheet rasch Finanzierungslösungen vorschlagen. • Budgetinstrument zur Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit (BICC): Damit das Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen des nächsten MFR vollendet werden kann, wird die Euro-Gruppe ersucht, auf der Grundlage der Vereinbarung vom Oktober 2019 rasch ihren Beitrag zu geeigneten Lösungen für die Finanzierung des BICC zu leisten. Das BICC wird in die Konsultationen des Präsidenten des Europäischen Rates mit den Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit dem MFR einbezogen. Fortschritte in den genannten Bereichen würden auch zur Stärkung der internationalen Rolle des Euro beitragen.
13. Dezember 2019	ER (Art 50)	Schwerpunkte Der Europäische Rat erklärte erneut, dass er an einem geordneten Austritt auf der Grundlage des Austrittsabkommens (AA) festhalte, und bekräftigte seinen Wunsch nach möglichst engen künftigen Beziehungen zu UK – mit einem ausgewogenen Verhältnis von Rechten und Pflichten sowie der Sicherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen. Die EK wurde ersucht, dem Rat unmittelbar nach dem Austritt von UK den Entwurf eines umfassenden Verhandlungsmandats vorzulegen, welches der Rat für Allgemeine Angelegenheiten rasch annehmen solle. Außerdem begrüßte der Europäische Rat den EK-Beschluss über die Wiederernennung Michel Barniers für die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen.
1. Jänner 2020	Rat	Kroatien übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft Mit 1. Jänner 2020 hat Kroatien zum ersten Mal die Ratspräsidentschaft von Finnland übernommen und wird am 1. Juli 2020 den Vorsitz an

		Deutschland übergeben. Das Motto des Vorsitzes lautet: „"*Ein starkes Europa in einer sich wandelnden Welt*". Die Prioritäten des kroatischen Vorsitzes gliedern sich in folgende vier Säulen: 1. Ein Europa, das sich entwickelt 2. Ein Europa, das verbindet 3. Ein Europa, das schützt 4. Ein einflussreiches Europa Thematische Schwerpunkte der kroatischen Ratspräsidentschaft: • Brexit: Finalisierung des Austritts Großbritanniens aus der EU per 31. Jänner, mit den darauffolgenden Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien, welches bis Ende 2020 abgeschlossen werden soll. • Mehrjähriger Finanzrahmen: Rasches Voranschreiten, bis hin zur Finalisierung der Verhandlungen zum MFR (2021 bis 2027). Ein voraussichtlicher Abschluss des MFR wird jedoch erst unter der deutschen Ratspräsidentschaft erwartet. • Westbalkan: Die Präsidentschaft plant die Ausrichtung eines EU-Westbalkan-Gipfels am 6. und 7. Mai mit der Zielsetzung einer Beendigung der Blockade bezüglich der Verhandlungen zur Süd- Osterweiterung der EU, mit Nordmazedonien und Albanien. • „The European Green Deal“: Verabschiedung der ersten Gesetzesinitiativen zur Umsetzung der langfristigen EU Klimaschutzstrategie. Die EK plant im März 2020 als erste große Maßnahme ein Europäisches Klimagesetz vorzuschlagen. Damit sollen rechtlich verbindlich die Klimaneutralität für das Jahr 2050 und das „sustainability mainstreaming“ festgeschrieben werden.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

10. Dezember 2019	IWF	Zypern: Abschluss der Artikel IV-Konsultation In Zypern fand nach der Finanzkrise in den Jahren 2012/2013 eine rasche Wirtschaftserholung statt. Das Wirtschaftswachstum ließ zuletzt allerdings wieder nach und betrug im ersten Quartal 2019 rund 3,2 % (gegenüber rund 4 % in der Vorperiode). Als Hauptgründe führt der IWF-Stab u.a. rückläufige Exporterlöse und Touristikeinnahmen aufgrund der Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem bevorstehenden BREXIT an. Die fiskalische Situation wird positiv bewertet, der Primärüberschuss stieg auf rund 5,4 % des BIP. Der Inflationsdruck ist gering, die Arbeitslosigkeit hat sich wieder dem Niveau vor Ausbruch der Finanzkrise angenähert. Trotz Fortschritten bei der Restrukturierung des Bankensektors, ist der Anteil der NPLs mit 30 % aller Kredite weiterhin hoch. Der IWF erwartet für 2019/20 ein reales BIP-Wachstum von rund

		3 % und mittelfristig in Höhe des (langfristigen) Potentialwachstums von rund 2,5 %.
27. Dezember 2019	IWF	Türkei: Abschluss der Artikel IV-Konsultation Gegen Ende des Jahres 2018 verzeichnete die türkische Wirtschaft eine deutliche Rezession mit großen Leistungsbilanzdefiziten, hohen Inflationsraten und starken Abwertungen der türkischen Währung. Aufgrund einer expansive Fiskalpolitik, einer starken Kreditausweitung der staatlichen Banken, günstiger externer Finanzierungsbedingungen, Importbeschränkungen und einer ertragsstarken Tourismussaison erholte sich die türkische Wirtschaft im letzten Jahr wieder. Die Inflationsrate erreichte zuletzt allerdings wieder rund 25 % und liegt somit deutlich über dem Inflationsziel von 5 %. Problembereiche sieht der IWF in der nachlassenden fiskalpolitischen Disziplin, den geringen Währungsreserven und den hohen Refinanzierungserfordernissen.
9. Jänner 2020	IWF	Andorra: Antrag auf IWF-Mitgliedschaft IWF-MD Georgieva hat das Exekutivdirektorium (ED) über den rubrizierten Antrag Andorras, der in weiterer Folge vom ED zu behandeln ist, informiert. Die Aufnahmeprozedur sieht die Ausarbeitung einer *Membership Resolution* durch das ED vor, die dann als Empfehlung dem Gouverneursrat vorgelegt wird. Die Empfehlung hat insbesondere die Höhe der künftigen Quote Andorras, die Einzahlungsmodalitäten sowie alle weiteren Beitrittserfordernisse zu enthalten. Nach Annahme durch den Gouverneursrat, der Durchführung der notwendigen rechtlichen innenpolitischen Schritte und Unterzeichnung der Articles of Agreement wird die Mitgliedsanzahl des IWF 190 betragen. (Anmerkung: Bis dato ist nicht bekannt, welcher Stimmrechtsgruppe Andorra künftig angehören wird.)